

# Hotellerie und Gastronomie vor dem Kollaps

Beiden Branchen fehlt in der Corona-Krise die mittelfristige Überlebensperspektive. Sie fordern weitere Hilfen vom Bund und vom Land Berlin

JOACHIM FAHRUN

**BERLIN** – Es ist bisher noch selten vorkommen, dass gleich mehrere Teilnehmer an einer Ausschusssitzung im Berliner Abgeordnetenhaus sich einen Schnaps gewünscht haben. Aber was die Wirtschaftspolitiker des Landesparlaments am Dienstag über die Lage einer der wichtigsten Branche der Stadt zu hören bekamen, ließ bei vielen den Wunsch nach geistigem Getränk aufkommen.

Denn die Lage der Berliner Gastronomie und Hotellerie in der Corona-Krise ist dramatisch. Der Präsident des Berliner Branchenverbandes Dehoga, Christian Andresen, zeichnete ein düsteres Bild. „Wir haben keine Perspektive“, sagte Andresen. Gastronomie und Hotellerie bräuchten längerfristige Hilfe vom Bund und vom Land Berlin. Man dürfe Berlins „Leitindustrie“ nicht kaputtlassen.

In einer aktuellen Umfrage der Dehoga haben die Mitgliedsunternehmen die Auswirkungen des Lockdowns geschildert. Demnach sind zwar 91 Prozent

der Gastronomie-Betriebe wieder geöffnet, aber 39 Prozent hätten mehr als 75 Prozent ihrer Umsätze eingebüßt. Ein ebenso großer Anteil der Gaststätten habe 50 bis 75 Prozent ihrer Einnahmen verloren. Auch die Wiedereröffnung habe kaum Besserung gebracht. Für drei Viertel der Betriebe hätten sich die Umsatzerwartungen nach der Wiederöffnung nicht erfüllt.

Auch die Hotels hätten zwar zu 87 Prozent wieder geöffnet, aber 77 Prozent hätten mehr als 75 Prozent des Umsatzes verloren. Für 91 Prozent hätten sich die Erwartungen auf einer Verbesserung der Lage nicht erfüllt. Andresen sagte, dass viele Hoteliers wieder daran denken, ihre Häuser zu schließen, um Fixkosten zu sparen. Von den bislang 3500 Auszubil-

kunft, hieß es unwiderruflich in der Sitzung. Einigkeit herrschte auch, dass Kredite oder gestundete Mieten den Betrieb nicht wirklich helfen würden, weil ja auch dieses Geld irgendwann zurückgezahlt werden muss.

Dabei diskutierte der Ausschuss auch über das Design künftiger Hilfsprogramme. Der SPD-Wirtschaftspolitiker Jörg Stroedter kritisierte vor allem den eigenen SPD-Finanzsenator, Matthias Kollatz sei „ein Kompletausfall in der Förderung des Mittelstandes“, sage der stellvertretende SPD-Fraktionschef über den Parteifreund und kritisierte, dass der Senat noch nicht gehandelt habe, um wie von den Koalitionsfraktionen gewünscht – auch größeren Unternehmen durch Zuschüsse zu helfen. Der frühere Innensenator Frank Henkel (CDU) monierte das Verhalten der Geschäftsführung. Dass diese nicht viel schneller von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau zu 100 Prozent verfügbare Kredite ausreichten, sei „eine Sauerei“, so der Christdemokrat.

## Debatte über Abrechnungen der Soforthilfen wurde vertagt

Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) blieb es an der Abrechnung des ersten Berliner Soforthilfeprogramm zu rechtfertigen. Das Thema wurde auf die nächste Sonderitzung des Ausschusses Ende Juni verlegt.

Nur indirekt spielte der Streit zwischen Bund und Land über nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums entgegen der Vorgaben verwendete Millionenbeträge eine Rolle. Denn Bund und Land werden eine zweite Runde von Soforthilfen und Zuschüssen auflegen. Pop kündigte an, man werde in etwa zwei Wochen wissen, wie genau sich das Wirtschaftsministerium diese Hilfen vorstelle. Dann könne man im Berliner Parlament auch erörtern, wo und wie man mit Berliner Geld flankieren und

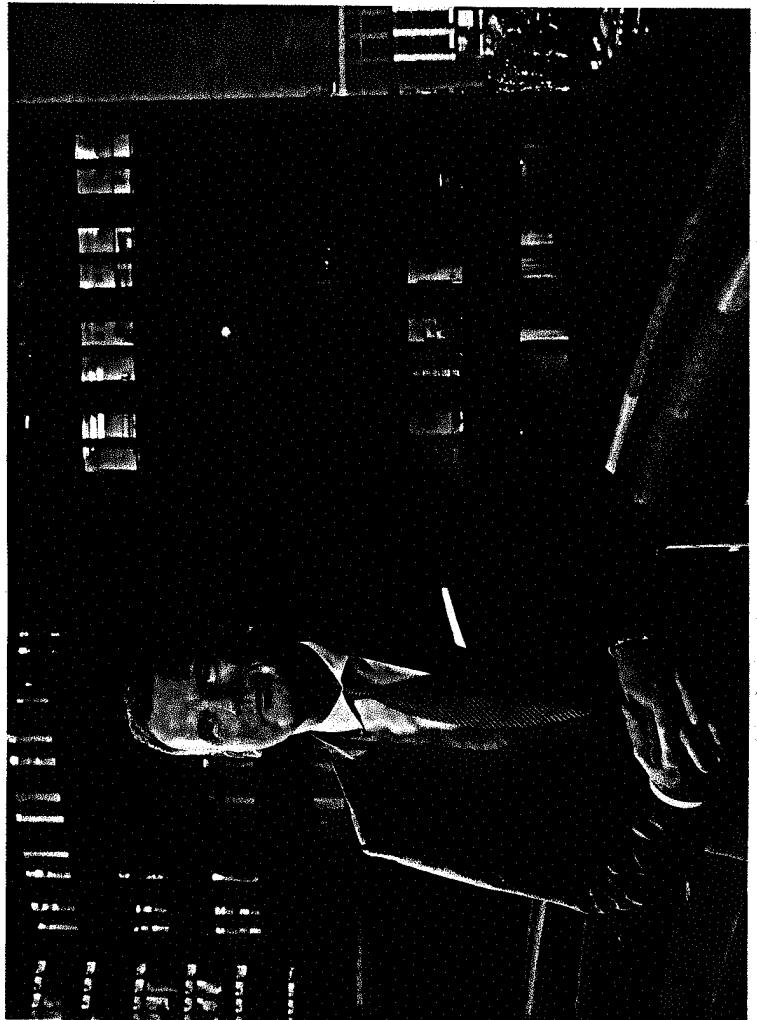


FOTO: R. KLAR/FFS

**Dehoga-Präsident Christian Andresen auf einem Balkon des Mandala-Hotels am Potsdamer Platz.**

kann. Dehoga-Chef Andresen sagte, er rechne bis mindestens 2022, um das Vor-Krisen-Niveau erreichen zu können. Für die Ökonomie der Stadt sind das schlimme Aussichten. 250.000 Jobs nämlich in Berlin an Tourismus, Veranstaltungen, Hotels und Gastronomie. Weil viele dieser Arbeitsplätze nicht so gut bezahlt sind, haben viele Beschäftigte Schwierigkeiten, mit dem Kurzarbeitergeld von 60 bezahlbar zu sein. 67 Prozent der Eltern mit Kindern finanziell über die Runden zu kommen.

Hotels und Gaststätten durch staatliche Hilfsprogramme zu stabilisieren,

des weltweiten Tourismus. Der Stopp seiner „DNA erschüttert“, sagte er. „Wir verlieren 240 Millionen Euro Umsatz pro Woche. Allein die ausgefallenen und verschobenen Veranstaltungen der Messe Berlin führt zu einem Kaufkraftverlust von einer Milliarde Euro für die Stadt.“ Kieker warb dafür, stärker hervorzuheben, dass Veranstaltungen bis zu 150 Teilnehmer wieder erlaubt seien. In die-  
ser Größenordnung bewegen sich die überwiegende Mehrheit der Events in der Stadt. Kieker hofft, dass Berlin in diesem Jahr noch 30 bis 35 Prozent der Touris-

tig, so der Dehoga-Chef. Viele Hoteliers bereiteten Entlassungen vor. Das Problem seien die fehlenden Zukunftsaussichten. Man könne den Banken keine Perspektive aufzeigen, wie die Betriebe im kommenden Jahr fortgeführt werden können. „Wir brauchen mehr Hilfe bis ins nächste Jahr hinein“, so Andresen. Bisher hätten Mietständer keine Liquiditätshilfe bekommen. Die Betriebe hängen am Tropf des Vermieters. Wenn der den Daumen senkt, muss der Unternehmer Insolvenz anmelden“, betir-  
tet der Chef des Mandala-Hotels.

Burkhard Kieker, Chef des Touris-